

Sonderbeilage zum Kommunalforum des Sparkassenverbands EVP: 6,80 Euro

KOMMUNALFORUM

Eine Beilage des STAATSANZEIGER Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg



Grußwort

Danyal Bayaz (Grüne),

Finanzminister von
Baden-Württemberg



FOTO: DPA/BERND WEISSBROD

Das Kommunalforum findet in einer Zeit statt, in der viele Kreise und Kommunen mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Die finanziellen Herausforderungen haben sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage noch mal verschärft. Viele Aufgaben von Kommunen und Kreisen sind Pflichtaufgaben und können von ihnen nicht maßgeblich beeinflusst werden. Bleiben also Investitionen und freiwillige Leistungen, die gekürzt werden müssen. Das spüren wiederum die Bürgerinnen und Bürger sehr konkret. Wenn wir also darüber sprechen, dass unser Staat funktionieren muss, dann müssen wir über die Situation unserer Kommunen sprechen.

Den Kommunen werden oft von dritter Ebene Aufgaben auferlegt

Für das vollständige Bild gehört auch ein Blick über die Landesgrenze hinweg. Dieser zeigt deutlich, dass die Verschuldung der Kommunen in den anderen Ländern meist höher ist. Das hilft ihnen in der aktuellen Lage trotz-

dem nur bedingt, zeigt aber, dass sich das Land durchaus seit Jahren finanziell sehr stark für seine Kommunen engagiert hat.

Eine Ursache für die schlechte Haushaltslage sind die Einnahmen, die gegenüber früheren Jahren deutlich weniger steigen. Den Kommunen werden oft von dritter Ebene, überwiegend dem Bund, Aufgaben auferlegt, für deren Umsetzung die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen. Das betrifft nicht nur die Kommunen, das betrifft auch das Land. Wir sind uns daher einig: so kann es nicht weitergehen. Denn auch in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes klafft für das Jahr 2027 ein Defizit von fünf Milliarden Euro und auch das Land hat Investitionsbedarf, von der physischen und digitalen Infrastruktur über Landesgebäude hin zu Themen wie innovativer Forschung und Klimaschutz.

Die von manchen Seiten geforderte noch höhere Unterstützung des Lan-

des scheitert an den finanziellen Rahmenbedingungen. Es sagt sich zwar sehr einfach, aber bleibt angesichts der Lage dennoch unterkomplex, wonach das reiche Land doch bitte seine Kommunen mehr unterstützen soll. Wichtig ist, dass wir wieder konsequenter das Bestellerprinzip anwenden: Wenn der Bund politische

„Für diese Debatte braucht es Orte wie das Kommunalforum.“

Danyal Bayaz,
Finanzminister von
Baden-Württemberg

Maßnahmen beschließt, muss er sie auch finanzieren. Das war gerade in den vergangenen Jahren immer wieder nicht der Fall, etwa beim Rechtsanspruch auf den Ganztagesplatz an Grundschulen oder auf einen Kitaplatz oder auch bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Ich sehe dabei Land wie auch Kommunen gleichermaßen in der Verantwortung.

Wo trauen wir uns mehr pauschale Lösungen zu?

Wir können nicht nur abstrakt darüber sprechen, dass das staatliche Leistungsversprechen so nicht mehr einzuhalten ist. Wir müssen konkreter werden: Was kann und muss künftig genuine Aufgabe und Leistung des Staates sein, und wo ist mehr Eigenverantwortung gefragt? Wo trauen wir uns mehr pauschale Lösungen zu und nehmen dafür weniger Einzelfallgerechtigkeit bewusst in Kauf? Das wird keine bequeme, keine einfache Debatte. Aber wir müssen sie führen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir stärker aus dieser Zeit herauskommen mit einem Staat, der in zentralen Bereichen liefert und der Bürgerinnen und Bürger in Verantwortung nimmt. Für diese Debatte braucht es Orte wie das Kommunalforum.

Impressum

Herausgeber und Verlag Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH & Co. KG, Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart **Geschäftsführer** Dr. Alexander Teutsch, Telefon: 07 11/6 66 01-0, info@staatsanzeiger.de, <https://staatsanzeiger.de> **Redaktion** Chefredakteur: Dr. Rafael Binkowski; Philipp Rudolf **Produktion** Barbara Wirth **Anzeigen** anzeigen@staatsanzeiger.de **Titelbild** dap/Marijan Murat | Montage: Herrgoß **Druck** Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, Körnerstraße 14–18, 71643 Ludwigsburg

Kommunale Finanzpolitik in der Zeitenwende

„Innovative Lösungsansätze sind gefragt“

Die Finanzierung der Energiewende hin zur Klimaneutralität löst bei Kommunen und kommunalen Unternehmen einen enormen Investitionsbedarf aus. Allein in Baden-Württemberg stehen hohe zweistellige Milliardenbeträge im Raum. Sparkassen nehmen hier eine zentrale Rolle ein.

VON BURKHARD WITTMACHER

Kommunale Unternehmen stehen einem ständig steigenden Finanzierungsbedarf gegenüber, getrieben durch Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur. Fragen zur Rentabilität dieser Investitionen sind oft nicht einfach zu beantworten, Kreditentscheidungen damit deutlich schwieriger als

Rückläufige Gewerbesteuereinnahmen bei den Kommunen, gepaart mit einem enormen Mittelbedarf bei Transformationsprojekten, übersteigen immer öfter die klassische Kreditvergabekapazität einer einzelnen Sparkasse. Deshalb sind Modelle nötig, die Verbund- und Konsortiallösungen und die Einbindung von privatem Kapital ermöglichen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat systematisch ihren strategischen Betreuungsansatz für die kommunale Ebene weiterentwickelt: Neue Softwarelösungen wie zum Beispiel „S-Kompass“ und umfangreiche Förderkreditangebote ermöglichen individuell zugeschnittene Finanzierungslösungen. Zusammen mit Kooperationspartnern

(zum Beispiel Landesbanken, Förderbanken) werden Kapitalmarktlösungen entwickelt, die Kommunen und kommunalnahe Unternehmen für anstehende Großprojekte handlungsfähig machen.

Die konzeptionelle Erweiterung umfasst auch die Integration privater Investoren. Ein erfolgreiches Beispiel: 2023 hat das Südwestkonsortium unter Führung der SV Sparkassenversicherung 24,95 Prozent an dem Betreiber von Stromnetzen, Transnet BW, erworben. Die Kreissparkassen Esslingen-Nürtingen und Ostalb haben ihre Kunden an der Transaktion teilhaben lassen, ohne dass diese eine direkte Beteiligung eingehen mussten. Mit dem Pilotprojekt platzierten die beiden Institute als erste Sparkassen einen Sparbrief im Oktober 2024 am Markt. Der Anspruch der Sparkassen ist es,

als verlässliche Partner zu agieren, die mit innovativen und bei Bedarf mit konsortialen Lösungen zur erfolgreichen Transformation der regionalen Infrastruktur beitragen. Neben einer proaktiven Beratung ist die strategische Zusammenarbeit mit Kommunen und Mitfinanzierern zentral, um strukturelle Risiken abzufedern und den kommunalen Handlungsspielraum zu sichern. Dieser Handlungsspielraum wird durch die verlässlichen jährlichen Steuerzahlungen der Sparkassen unterstützt. 600 Millionen Euro gewinnabhängige Steuern flossen im vergangenen Jahr den öffentlichen Haushalten in Baden-Württemberg zu.

Der Anspruch der Sparkassen ist es, als verlässliche Partner zu agieren

Hinzu kommt das gesellschaftliche Engagement der Sparkassen. Im Jahr 2024 haben die 50 Sparkassen in Baden-Württemberg zahlreiche Projekte und Initiativen mit über 100 Millionen Euro unterstützt, die die Kommunen entlasten und der Gesellschaft zugutekommen. Eine verlässliche Partnerschaft beinhaltet jedoch auch, dass die gesamte Angebotspalette der Sparkassen in die Geschäftsbeziehung einbezogen wird – von der Geldanlage bis zur Finanzierung. Dann entsteht der gewünschte Nutzen für alle Beteiligten. Nur gemeinsam können nachhaltige Strukturen etabliert werden, um die kommunalen Herausforderungen zu meistern.

„Strategischen Betreuungsansatz systematisch weiterentwickelt.“

Burkhard Wittmacher,
Vorsitzender des Vorstands,
Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

bisher, auch wegen komplexer rechtlicher Rahmenbedingungen. Die traditionelle Kreditfinanzierung kann diesen Anforderungen nicht vollumfänglich gerecht werden. Das liegt auch daran, dass aktuellen Studien zufolge die kommunale Verschuldung weit über das bisher bekannte Niveau ansteigen wird.

Mittelbedarf übersteigt immer öfter klassische Kreditvergabekapazität

Das hat politische Diskussionen über Finanzierungsgrenzen für Kommunen und die Rolle privater Investoren neu entfacht. Sparkassen müssen unter verschärften regulatorischen Vorgaben Finanzierungen mit erhöhtem Eigenkapital hinterlegen.



FOTO: FOTOGRAFIE EBINGER



Neue Plattform

Mit der LBBW die Zukunft finanzieren

FOTO: LBBW

Deutschland muss Hunderte Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren. Mit der neuen Plattform „Zukunft Finanzieren“ leistet die LBBW gemeinsam mit den Sparkassen einen wichtigen Beitrag dazu und bringt Kommunen und private Investoren zusammen. Das Ziel: maßgeschneiderte Lösungen, die Projekte beschleunigen und einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen.

VON DANIEL WROBEL

Deutschland hat Großes vor: Wir müssen die Infrastruktur modernisieren und gleichzeitig die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft meistern. Diese Herausforderungen lassen sich nur vor Ort lösen – als Partner der Städte und Gemeinden. Kom-

munen müssen die Strom- und Wärmenetze modernisieren, Gebäude energetisch sanieren, Straßen und Brücken erneuern und die digitale Infrastruktur ausbauen.

Der Investitionsbedarf ist enorm: Bis 2045 werden allein in der Energiewirtschaft rund 1,1 Billionen Euro benötigt. Nach Berechnungen der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) können sich die Gesamtkosten für die Erneuerung der deutschen Infrastruktur in den kommenden zehn Jahren sogar auf bis zu 1,5 Billionen Euro summieren.

Was die Kommunen jetzt brauchen

Diese gewaltigen Herausforderungen stellen kommunale Unternehmen und Städte vor scheinbar unlösbare Aufgaben. Viele stoßen trotz des „Sondervermögens Infrastruktur“ an ihre finanziellen und organisatori-

schen Grenzen. Als Betreiber der lokalen kritischen Infrastruktur und Energieversorger vor Ort stehen Stadtwerke im Zentrum des Wandels. Sie müssen ihre Erzeugungsanlagen und ihre Netze fit für die Anforderungen der Energiewende machen. Ein Problem dabei: Sie haben keinen Zugang zu internationalen Kapitalmärkten.

Hinzu kommen administrative Herausforderungen wie komplexe Projekte und strenge regulatorische Vorgaben. Stadtwerke und Kommunen benötigen deshalb Lösungen, die über klassische Haushaltsmittel hinausgehen. Sie brauchen qualifizierte Beratung, verlässliche Partner und eine Finanzierung, die öffentliche Gelder und privates Kapital kombiniert.

Hier setzt die LBBW. Als Landesbank mit regionaler Verankerung und langjähriger Erfahrung im nachhaltigen

Finanzierungsgeschäft versteht sie die Bedürfnisse der Kommunen und tritt als Finanzierer, Berater und Plattformgeber auf.

Komplexität reduzieren, Stabilität schaffen

Mit „Zukunft Finanzieren“ bietet sie gemeinsam mit den Sparkassen und der LBBW Asset Management eine eigene standardisierte Fondsplattform an, die private Investoren und kommunale Player zusammenbringt. Der große Vorteil: So lassen sich auch komplexe und schwer finanzierbare Projekte effizient umsetzen.

„Die LBBW ist der Partner der Transformation.“

Daniel Wrobel,
Bereichsvorstand im
Kapitalmarktgeschäft der LBBW

Als öffentlich-rechtliche Landesbank versteht sich die LBBW von jeher als Partner von Sparkassen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern. Sie sorgt dafür, dass bürokratische Hürden kein Hindernis sind, sie strukturiert Projekte und sie optimiert die Nutzung von Fördermitteln. Kurz gesagt: Sie reduziert Komplexität, schafft Stabilität und vereinfacht die Zusammenarbeit zwischen den Projektbeteiligten und privaten Investoren.

Die Resonanz von Investoren auf die Plattform ist sehr positiv

Mit der Plattform „Zukunft Finanzieren“ macht die LBBW zudem ihre Erfahrung und Expertise aus großen Infrastrukturprojekten für Investoren und Kommunen nutzbar – etwa bei der Finanzierung des Stromnetzbetreibers TransnetBW im Jahr 2023.

Als LBBW haben wir die Transaktion der TransnetBW umfassend unterstützt – von der Strukturierung bis zum Capital Raising. Dadurch erhielt die TransnetBW zusätzliche Mittel für den Ausbau des Übertragungsnetzes – das stärkt die Energieinfrastruktur der gesamten Region dauerhaft.

Das Konzept von „Zukunft Finanzieren“ überzeugt in der Praxis. Mit einem ersten Pilotprojekt soll „Zukunft Finanzieren“ zeigen, wie die LBBW Stadtwerke bei der Netzenerneuerung unterstützt. Ziel der LBBW ist es, solche Projekte mithilfe der Plattform in großem Stil möglich zu machen und so die Zukunftsfähigkeit der Region nachhaltig zu verbessern. Die Resonanz von Investoren auf die Plattform ist sehr positiv.

Besonders Versorgungswerke, Versicherungen und Family Offices sehen lokale Infrastrukturprojekte als attraktive Anlagemöglichkeit. Außerdem spielt die Heimatverbundenheit eine wichtige Rolle: Viele Investoren wollen bewusst in ihre Region investieren und voranbringen.

Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie verlangt Mut, Innovationskraft und neue Allianzen. „Zukunft Finanzieren“ ermöglicht es Kommunen und Investoren, gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Die Plattform bringt Projekte zusammen, ermöglicht Austausch und begleitet die Umsetzung mit maßgeschneiderten Lösungen. Mit ihr hat die LBBW die Finanzierung der Transformation

zur Chefsache gemacht – und bringt die relevanten Partner an einen Tisch.

Für die Zukunftsfähigkeit der heimischen Infrastruktur

Deshalb kombiniert die Landesbank ihre Kapitalmarktkonferenz „KapInKon 2025“ Anfang November in Frankfurt mit der Veranstaltung „Zukunft Finanzieren“ zu einem Highlight-Event für Entscheiderinnen und Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Finanzwelt. Zu den Speakern gehören neben LBBW-CEO Rainer Neske unter anderem der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz, der Präsident der Deutschen Bundesbank Joachim Nagel sowie Claudia Major, Senior Vice President des German Marshall Fund. Gemeinsam mit dem Finanzministerium Baden-Württemberg setzt die LBBW so ein Zeichen für die Zukunftsfähigkeit der heimischen Infrastruktur.

Um die Transformation und Infrastrukturerneuerung zu Erfolgsgeschichten zu machen, müssen wir Projekte vor Ort vereinfachen und beschleunigen. Die LBBW geht diesen Weg konsequent und gemeinsam mit ihren Partnern.

„Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie verlangt Mut, Innovationskraft und neue Allianzen.“

Daniel Wrobel,
Bereichsvorstand im
Kapitalmarktgeschäft der LBBW

Den Südwesten im Blick!

Der Staatsanzeiger
Wochenzeitung für
Politik, Verwaltung
und Wirtschaft



Jetzt abonnieren unter:
www.staatsanzeiger.de/abo





Zahlen lügen nicht. In diesem Fall sprechen sie sogar eine besonders deutliche Sprache. Die Kommunalfinanzen sind bundesweit im freien Fall. Vor allem in den letzten beiden Jahren hat sich die Situation noch einmal dramatisch verschlechtert. Waren es schon 2023 immerhin 6,2 Mil-

liarden Euro Defizit, sind es 2024 bereits 24,8 Milliarden Euro gewesen. Das ist eine Vervierfachung binnen eines einzigen Jahres. Und: Allein im ersten Quartal 2025 liegen wir schon wieder bei minus 16,7 Milliarden Euro. Es steht deshalb zu befürchten, dass wir erstmals die 30-Milliarden

Euro-Grenze überschreiten werden. Das sind die schlechtesten Zahlen, die es jemals gegeben hat.

Ich selbst bin jetzt seit 27 Jahren in kommunalen Wahlämtern. So desaströs und vor allem auch so perspektivlos habe ich es noch nie erlebt.

Auch Baden-Württemberg ist davon nicht ausgenommen. Schon im letzten Jahr mussten die Kommunen bei uns ebenfalls ein historisches Defizit von 3,1 Milliarden Euro verzeichnen. In diesem Jahr und erst recht im kommenden wird alles aber noch einmal deutlich schlimmer. Neun von zehn

Landkreisen können ihre Aufwendungen nicht mehr aus den laufenden Erträgen erwirtschaften. Die Schulden der Kreise wachsen 2024 um 25 Prozent an. Selbst wenn man das gesamte Kreisumlageaufkommen eines Jahres nimmt, würde es erstmals nicht mehr ausreichen, um die Schulden zu tilgen. Selbst wirtschaftsstarke Landkreise müssen sich mit Kassenkrediten behelfen. Das hat es in Baden-Württemberg noch nie gegeben.

Die Sozialausgaben sind um 70 Prozent gestiegen

Wenn man sich die Gründe für diese Entwicklung anschaut, merkt man schnell: Wir haben kein Einnahmenproblem. Allein in den letzten zehn Jahren sind die Steuereinnahmen um 60 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum hatten wir bei den Sozialausgaben aber eine Zunahme um 70 Prozent. Selbst derjenige, der in Mathematik öfter krank war, müsste deshalb eigentlich unschwer erkennen, dass diese Rechnung nicht mehr aufgeht. Und: Von den ebenfalls stark gestiegenen Personal- und Sachkosten oder der zunehmend dramatischer werdenden Situation der Krankenhäuser spreche ich noch gar nicht. Speziell im Bereich der Jugend- und Eingliederungshilfe laufen uns die Kosten sogar in rasantem Tempo davon. Und: ein Ende der Fahnenstange ist noch nicht in Sicht.

Alles das ist aber ein Niedergang mit Ansage. Schon seit Jahren weisen die Kommunen nämlich geradezu gebetsmühlenartig auf das strukturelle Grundproblem hin, das zu diesem Absturz der Haushalte geführt hat: Der Gesetzgeber hat unsere Pflichtaufgaben beständig ausgeweitet und zudem sind auch die Erledigungskosten aus den bereits bestehenden Pflichtaufgaben regelrecht explodiert, ohne dass es dafür aber einen auch nur annähernd ausreichenden finanziellen Ausgleich gegeben hätte. Mit einem Anteil von gerade einmal 14 Prozent an den Steuereinnahmen kann man einfach nicht 28 Prozent der staatlichen Aufgaben bezahlen. Und: Diese Schere geht immer weiter auseinander.

Wir werden in den kommenden Wochen erneut Diskussionen über teil-

„Noch schlimmer, als blind zu sein, ist es, nicht sehen zu wollen.“

Achim Brötel,
Präsident des Deutschen Landkreistags
und des Landkreistags
Baden-Württemberg

„Diese Soforthilfe muss schnell kommen.“

Achim Brötel,
Präsident des Deutschen Landkreistags
und des Landkreistags
Baden-Württemberg

weise stark steigende Hebesätze bei der Kreisumlage erleben. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen schlägt dadurch immer mehr auch auf die ganz konkrete Lebenswirklichkeit vor Ort durch. Abstriche in der Daseinsvorsorge beeinträchtigen aber unmittelbar die Lebensqualität der Menschen und beschädigen dadurch das ohnehin schon angekratzte Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates. Das ist Wasser auf die Mühlen antidemokratischer und extremistischer Parteien. Wenn die Kommunen mit dem Rücken zur Wand stehen, gerät unser demokratischer Rechtsstaat insgesamt unter Druck. Da ist deshalb jetzt auch die staatspolitische Verantwortung von Bund und Land gefragt.

In finanzieller Hinsicht brauchen wir dringend einen Befreiungsschlag. Und: Diese Soforthilfe muss schnell kommen. Zwei Dinge sind aus unserer Sicht notwendig. Erstens brauchen wir vom Bund eine deutliche und den weiter gewachsenen Aufgaben gerecht werdende Stärkung unserer finanziellen Grundausstattung. Der Weg dorthin führt über eine Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf dann 6 Prozent. Das wären bundesweit 12 Milliarden Euro mehr pro Jahr. Als schnellen Einstieg fordern wir zudem, dass der Bund die Unterkunftskosten für geflüchtete Menschen wieder vollständig übernimmt, wie er das bis 2021 bereits getan hat. Allein durch diesen Rückzug des Bundes sind inzwischen mehr als 10 Milliarden Euro an Kosten auf die Kommunen verschoben worden. Dieser permanente Verschiebeparkplatz muss endlich ein Ende haben.

Klar ist aber auch: Selbst wenn es mehr Geld geben würde, reicht das allein noch nicht aus. Wenn wir weiter über unsere Verhältnisse leben, werden wir nämlich nie aus diesem Teufelskreis herauskommen, sondern schon in Kürze wieder genau dort stehen, wo wir jetzt gerade sind. Deshalb bedarf es zudem einer umfassenden Aufgaben- und Kostenkritik. Dazu gehört auch eine grundlegende Neuausrichtung des Sozialstaats. Die Grenze zwischen dem, was noch zur Eigenverantwortung für unser Leben gehört und deshalb auch von uns selbst zu bezahlen ist, und dem, was der fürsorgende Staat für uns leisten muss, weil es unsere eigenen Kräfte übersteigt, muss neu justiert werden. Da hat sich in den letzten Jahren einfach zu viel in Richtung Staat verschoben.

Auch das Land Baden-Württemberg muss aber seinen Beitrag leisten. Hier erwarten wir kurzfristig einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Nach der Verfassung steht nämlich zuvörderst das Land in der Pflicht, für eine aufgabenadäquate Finanzausstattung seiner Kommunen zu sorgen. Außerdem müssen die schon seit Jahren immer wieder aufgeschobenen Probleme bei der finanziellen Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen endlich gelöst werden, etwa bei den Schulbegleitungen, der Ganztagsbetreuung an Grundschulen und beim ÖPNV – Stichwort: Tarifanwendungsbefehl beim Deutschland-Ticket.

Ein solcher Befreiungsschlag ist nicht gerade trivial

Zugegeben: Ein solcher Befreiungsschlag ist nicht gerade trivial. Richtig ist aber auch, dass anderenfalls die akute Gefahr besteht, dass das einzigartige Erfolgsmodell der kommunalen Selbstverwaltung mehr und mehr entkernt wird und irgendwann womöglich ganz in sich zusammenbricht – mit unabsehbaren Folgen für unser Gemeinwesen, für den sozialen Zusammenhalt, das Staatsvertrauen und die Krisenresilienz. Noch schlimmer, als blind zu sein, ist es, nicht sehen zu wollen. Das darf uns deshalb unter keinen Umständen passieren.

ZUR PERSON

Achim Brötel (CDU) ist seit 2005 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises. Seit September 2024 ist er Präsident des Deutschen Landkreistags; am 22. September wurde er zudem zum Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt. Zuvor amtierte er von 1999 bis 2005 als Bürgermeister der Stadt Bu-

chen. Brötel hat Rechtswissenschaften studiert, 1990 promovierte er an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg. 1997 wurde er zum Richter am Lebenszeit ernannt und als wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie persönlicher Referent an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe abgeordnet.

Interview: Matthias Neth, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

„Wir sind langfristige Partner der Kommunen“

Das Gespräch führte Rafael Binkowski

*Herr Neth, überall ist von einer **destruktiven Lage der Kommunal Finanzen** die Rede. Teilen Sie diese Einschätzung?*

Ja, absolut. Unsere Halbjahreszahlen zeigen deutlich: Die Verschuldung der Kommunen steigt, der Geldbedarf ist enorm. Sie müssen große Investitionen stemmen, etwa in Infrastruktur oder Klimaschutz, und gleichzeitig neue Aufgaben schultern sowie politische Ambitionen erfüllen, die noch gar nicht eingepreist sind. Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Und doch sind sie es, die die Transformation und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern.

*Welche Rolle spielt das **Sondervermögen des Bundes**?*

Es ist richtig, dass rund 100 Milliarden Euro direkt an die Länder und Kommunen fließen sollen, weitere

100 Milliarden Euro für den Klima- und Transformationsfonds. Aber das wird bei weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Finanzierungsbedarf zu decken – und zwar unabhängig von den Zielen der Klimaneutralität. Wir stehen vor einer historisch einmaligen Situation.

*Was müsste jetzt **dringend geschehen**?*

Die Finanzverteilung im Staat ist aus der Balance geraten. Die Kommunen tragen große Teile der Ausgaben, partizipieren aber nicht ausreichend an den Einnahmen. Das gefährdet ihre Handlungsfähigkeit. Politik muss sich ehrlich fragen: Wie sollen die Ebenen, die am nächsten an den Menschen sind, ihre Aufgaben noch erfüllen? Wir brauchen ein neues Gefüge, das die kommunale Ebene stärkt.

*Die Gegenfrage lautet: **Bund und Land sind ebenfalls überschuldet. Kommunen können doch nicht vom „nackten Mann in die Tasche greifen“?***

Richtig ist: Der Bund überträgt den Kommunen immer mehr soziale Aufgaben, ohne für die Finanzierung zu sorgen. Keine Kommune kann das durch neue Schulden lösen. Wir müssen über eine gerechte Verteilung der konsumtiven Lasten sprechen. Erst dann können die Kommunen ihre Aufgaben zum Beispiel in Schulen, Straßen oder andere Bereiche der Daseinsvorsorge erfüllen. Der Grundsatz muss lauten: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Oder müssen wir uns

ZUR PERSON

Matthias Oliver Neth wurde nach Studium und Promotion in Tübingen und Lausanne, einem Referendariat in Stuttgart, Berlin, Speyer und Brüssel sowie Tätigkeiten in Ministerien und der CDU-Landtagsfraktion im Jahr 2013 Landrat des Hohenlohekreises. Er war damals der jüngste Landrat in Baden-Württemberg – und 2021 eindrucksvoll wiedergewählt. Am 3. Februar 2023 wählte ihn die Verbandsversammlung mit 77,4 Prozent zum Präsidenten des Sparkassenverbands Baden-Württemberg; seit Mai 2024 führt er das Amt und legte sein Landratsmandat nieder. Neth engagierte sich zudem als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Hohenlohekreis, in Touristik, Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben sowie im Aufsichtsrat der WGV-Gruppe. Er ist zudem im Ehrenamt der Präsident des DRK-Kreisverbands in seiner Heimat Hohenlohe.



„Die Verschuldung der Kommunen steigt, der Geldbedarf ist enorm.“

Matthias Neth,
Sparkassenpräsident

insgesamt weniger bestellen?

Ja, diese Diskussion müssen wir als Gesellschaft führen. Wir können nicht unbegrenzt Aufgaben ausweiten. Es geht um Prioritäten – und darum, was wir uns dauerhaft leisten können. Für mich steht fest: Die Kommunen sind die Herzkammer unserer Demokratie. Ohne ihre Handlungsfähigkeit verliert der Staat seine Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Wie steht es um die Sparkassen in Baden-Württemberg?

Wir sind stabil, handlungsfähig und bereit, mehr Kredite für Investitionen bereitzustellen. Sparkassen sind auch der Stabilitätsanker in der Transformation. Wir kennen die lokalen Gegebenheiten und stehen eng an der Seite unserer Trägerkommunen. Mit großer Sorge blicken wir auf deren finanzielle Lage – denn ein funktionierendes kommunales Miteinander ist Grundlage für unsere Arbeit.

Die Null- und Negativzinsphase ist vorbei. Wie stabil ist das aktuelle Zinsumfeld?

Wir haben diese Phase hinter uns gelassen, die wirtschaftlich sehr herausfordernd war. Durch die Kurskorrekturen der Zentralbanken gibt es wieder ein Zinsumfeld, das Stabilität erlaubt. Damit können auch Inflationsraten wieder eingehegt werden. Natürlich bleiben geopolitische Herausforderungen: Handelskonflikte, der Krieg in Europa, Unsicherheiten zum Beispiel auch bei unseren europäischen Nachbarn. Aber unser stabiles regionales Umfeld ist eine Stärke.

Trifft die Transformation auch die Kommunen?

In Baden-Württemberg sind 4,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Automobilindustrie tätig. In vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg ist der Anteil noch höher. Die Auswirkungen auf Kommunal финанzen und regionale Entwicklung sind daher

deutlich spürbar. Wir begleiten die Unternehmen langfristig durch den Wandel – mit Marktkennntnis und regionaler Nähe. Viele Betriebe investieren bereits in neue Technologien.

Ein Wort zur Regulierung: Bremsen die Regeln die Entwicklung?

Wir brauchen eine Regulierung mit Augenmaß. Regeln sind sinnvoll, wenn sie Stabilität schaffen. Aber wenn sie losgelöst von der Realität zum Selbstzweck werden, dann wirken sie hemmend. Leider erleben wir zu oft ein starres Regelwerk, das Wachstum bremst. Deshalb begrüßen wir die aktuelle Initiative der BaFin zu einem neuen Kleinbankenregime, ebenso die Beratungen der Entlastungsallianz auf Landesebene.

2026 wird in Baden-Württemberg eine neue Landesregierung gewählt. Was erwarten Sie?

Vor allem Aufbruchsstimmung. Wir

brauchen Optimismus und ein klares Signal, dass Baden-Württemberg wieder Technologieführer werden kann. Politik muss Reformideen entwickeln – sei es in Sozialpolitik, Wissenschaft, Forschung oder Infrastruktur – und gleichzeitig Zuversicht ausstrahlen. Nur dann haben wir eine echte Chance, mit Schwung in die Zukunft zu gehen.

Blicken Sie mit Hoffnung oder Sorge auf die kommenden Jahre?

Geopolitische Krisen können wir nicht beeinflussen. Aber wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken. Wenn alle Ebenen – Bund, Land, Kommunen – Lust auf Zukunft entwickeln, können wir positiv nach vorne schauen. Ich setze darauf, dass wir diese Haltung erreichen.

Viele Kommunen klagen nicht nur über Geldmangel, sondern auch über fehlendes Personal. Wie ernst ist das?

Der Fachkräftemangel ist inzwischen

eine der größten Herausforderungen. Ob in Kitas, Schulen, Bauämtern oder sozialen Diensten – überall fehlen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit genauso wie knappe Finanzen. Auch wir als Sparkassen positionieren uns als attraktive Arbeitgeber und investieren massiv in die Ausbildung.

Die Klimawende verlangt enorme Investitionen. Welche Rolle spielen dabei die Sparkassen?

Eine entscheidende. Wir sind bereit, die notwendigen Mittel für energetische Sanierungen, erneuerbare Energien oder nachhaltige Mobilität bereitzustellen. Sparkassen sind nah an den Kommunen und Unternehmen und kennen die Projekte vor Ort. Damit können wir Transformation ermöglichen – immer mit dem Anspruch, Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohl in Einklang zu bringen.



FOTO: DPA/BERND WEISSBROD

„Wir begleiten die Unternehmen durch den Wandel – mit Marktkennntnis und regionaler Nähe.“

Matthias Neth,
Sparkassenpräsident



FOTO: ACHIM ZWEYGARTH

Steffen Jäger,
Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg

Interview: Steffen Jäger, Gemeindetagspräsident

"Es braucht eine andere politische Kultur"

Das Gespräch führte Philipp Rudolf

Wie sollten die Infrastruktur-Gelder des Bundes am besten verteilt werden?

Dafür müssen wir uns zunächst fragen, was mit den 100 Milliarden Euro erreicht werden soll. Aus unserer Sicht wäre es, gerade jetzt, in einer lahmen Konjunktur und mit großen Investitionsrückständen in der öffentlichen Infrastruktur, wichtig, dass wir schnell Investitionsmaßnahmen anschieben, ohne zu viel Zeit und letztlich auch Geld, in kleinteili-

gen Antragsverfahren zu verlieren. Und deshalb haben die Kommunen die klare Erwartung, dass diese Mittel schnell und unbürokratisch an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden. Bund und Länder stehen in der Pflicht, das zu gewährleisten.

Kann das Geld für einen Aufschwung in den Kommunen sorgen?

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände geht davon

aus, dass die kommunalen Investitionen aufgrund der Haushaltslage und ohne Mittel aus dem Sondervermögen von 44,5 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 26,7 Milliarden Euro im Jahr 2028 zurückgehen werden. Die Bundesmittel können sicher helfen, die angesichts der prekären kommunalen Finanzsituation erheblich ins Stocken geratene Investitionstätigkeit etwas zu stabilisieren. Bei Betrachtung des kommunalen Defizits wird jedoch deutlich, allein die Sonderinves-

titionsmittel werden die Haushalte nicht retten.

Wie ist die Finanzsituation der Städte und Gemeinden im Land?

Die finanzielle Situation der Städte, Gemeinden und Kreise im Land ist desaströs. Im Jahr 2024 haben die kommunalen Kernhaushalte im Land einen Finanzierungssaldo von minus 3,1 Milliarden Euro verbucht, für das laufende Jahr müssen wir damit rechnen, dass dieser Fehlbetrag noch grö-

ßer sein wird. Die kommunale Handlungsfähigkeit ist akut gefährdet.

Das Land hat den Kommunen die Mittel vorzeitig aus dem Finanzausgleich ausgezahlt und will dies wieder tun. Reicht das?

Das Vorziehen der Teilzahlungen aus dem Finanzausgleich war ein wichtiger Schritt und für den sind wir den Verantwortlichen beim Land auch dankbar. Aber letztlich ist es nichts anderes als das Vorziehen einer den Kommunen ohnehin zustehenden Zahlung. Am Ende haben die Städte, Gemeinden und Landkreise damit keinen Euro mehr in der Kasse.

Was muss sich ändern, um die Finanzen der Städte und Gemeinden langfristig zu sichern?

Eine einzelne Maßnahme wird dafür nicht ausreichen. Wenn wir uns die Ursachen des Finanzierungssaldos im abgelaufenen Jahr ansehen, dann

„Die Handlungsfähigkeit ist akut gefährdet.“

Steffen Jäger,
Gemeindetagspräsident

zeigt sich relativ klar, dass vor allem die Ausgaben deutlich stärker gewachsen sind als die Einnahmen. Ein Trend, der sich auch in diesem Jahr fortzusetzen scheint und der nicht eine, sondern viele Ursachen hat.

Können Sie für diese Entwicklung Beispiele nennen?

Die Gewerbesteuer, die sehr konjunktursensibel ist und daher in der anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase sogar rückläufig ist, und zugleich Personalausgabensteigerungen durch die Tarifabschlüsse und den Personalaufwuchs, der bei den Kommunen durch die zunehmende Aufgabenfülle entsteht. Der größte Faktor ist aber die Ausgabenentwicklung, die bei Städten, Gemeinden und Landkreisen hauptsächlich dadurch entsteht, dass Bund und Länder immer neue staatliche Leistungen versprechen, diese aber nicht ausfinanzieren: Insbesondere zu nen-

nen sind die Sozialausgaben bei der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe, die Ausgaben für Betreuung und Bildung, ÖPNV oder die Kosten der Unterkunft.

ZUR PERSON

Steffen Jäger wurde 1979 in Karlsruhe geboren. Er schloss sein Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg als Diplomverwaltungswirt ab. Anschließend war er beim Ministerium für Arbeit und Soziales tätig. Im Jahr 2010 wurde Jäger zum Bürgermeister der Gemeinde Oppenweiler im Rems-Murr-Kreis gewählt.

Im Jahr 2014 wechselte der Christdemokrat als Beigeordneter in die Geschäftsstelle des Gemeindetags Baden-Württemberg. Seit dem 1. Februar 2021 ist er der Präsident und Hauptgeschäftsführer des kommunalen Landesverbands im Südwesten. Jäger wurde im Juni zum Ersten Vizepräsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gewählt.

Was müssen Bund und Länder konkret tun?

Wer dieses Dilemma verantwortlich lösen will, wird nicht umhinkommen, den Kommunen einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern zuzubilligen. Zudem müssen Bund und Länder die Lücken im Konnexitätsrecht schließen. Damit ist es aber nicht getan. Denn der Blick in die Haushalte des Bundes und der Länder zeigt eben auch, dass deren Spielräume begrenzt sind. Insofern werden wir nicht umhinkommen, uns – auch gesamtgesellschaftlich – zu fragen, welche Aufgaben vom Staat und den Kommunen als Teil des Staates erfüllt werden können und in welcher Intensität dies erfolgen kann und muss, wo wir als Staat deregulieren und entbürokratisieren können und wo wir unter Umständen genauer hinschauen müssen.

Viele Kommunen müssen ihr Finanzdefizit derzeit an die Bürger weiterreichen, indem sie Steuern und Gebühren erhöhen.

Das ist der Fall, ja. Vielerorts stellen sich Gemeinderäte, Bürgermeister und Verwaltungen die Frage, wie man den eigenen Haushalt aufstellen und genehmigungsfähig bekommen soll. Es geht dabei ja aber nicht um abstrakte Zahlen, es geht um die Gewährleistung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden. Und Spielräume gibt es dabei zwischenzeitlich nicht mehr. Daher wird es sicherlich dazu kommen, dass man den Bürgerinnen und Bürgern auch Härten wird abverlangen müssen.

Die neue Bundesregierung hat einen Herbst der Reformen angekündigt. Welche drei Themen müssen jetzt angegangen werden?

Aus der Sicht der Städte und Gemeinden ist wichtig, dass man sich glaubhaft auf den Weg macht, die Herausforderungen, in denen sich Deutschland befindet, konsequent anzugehen. Dazu gehört: die wirtschaftliche Schwäche zu überwinden, Wachstumsimpulse zu setzen und – ernsthafte Bemühungen zur Entbürokratisierung und Deregulierung auf Bun-

„Man wird den Bürgerinnen und Bürgern auch Härten abverlangen müssen.“

Steffen Jäger,
Gemeindetagspräsident

des- und europäischer Ebene anzustoßen mit großer Ernsthaftigkeit, aber ohne die so oft beschworene Ketten-sage. Ein dritter, ganz wesentlicher Punkt ist aber auch die Frage, wie Politik gemacht wird und was den

Bürgerinnen und Bürgern versprochen und in Recht und Gesetz gegossen wird, oft ohne klare Vorstellung, was diese Versprechen in der umsetzenden Ebene bedeuten oder wie sie finanziert oder umgesetzt werden sollen. Hier nachzusteuern wird keine unmittelbare Entlastung bringen, für die Zukunft aber umso wichtiger. Es

braucht eine andere politische Kultur. Nur so schaffen wir wieder Vertrauen.



Insbesondere der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulern fordert die Kommunen heraus. FOTO: IMAGO/WESTEND61



Partner der Kommunen.

**Zusammen besser
für die Region.**

LB  **BW**

 **LBS**

 **Sparkassen
Versicherung**

Weil's um mehr als Geld geht.

